

Frieden muss eine Utopie bleiben

Jeder will den Weltfrieden. Solange das Ziel aber verschwommen und unreflektiert bleibt, führen die vielen kleinen Schritten unzähliger Akteure ins Nirgendwo.

Von Laurent Goetschel

Wenn nach Friedensutopien gefragt oder über sie geforscht wird, dann schweift der Blick meist weit zurück in die Geschichte. Alt- und neutelestamentarisches Denken wird bemüht und es werden zitiert Juristen, welche die Entwicklung des Völkerrechts massgeblich geprägt haben. Hinzu kommt eine schwankende Anzahl von Persönlichkeiten, die in den letzten zwei- bis dreihundert Jahren Visionen für eine friedliche Umgestaltung des europäischen Kontinents entwickelt haben. In der Zeit des Kalten Krieges, als die Abschreckungsstrategie zwischen Ost und West hauptsächlich auf dem möglichen Einsatz von Nuklearwaffen beruhte, wurden kaum neue Friedensutopien entwickelt. Dennoch reflektierte man damals viel über Friedensutopien. Seit dem Fall der Berliner Mauer ist es in der Diskussion um Friedensutopien sehr still geworden. Dies obwohl von «Frieden» mehr denn je die

Rede ist: Staaten betreiben militärische und zivile Friedensförderungsprogramme und zahllose NGOs sind entstanden, die sich ebenfalls der Friedensförderung widmen. Sind mit dieser Entwicklung hin zu einer Praxis des Friedens die Friedensutopien überflüssig geworden? Befinden wir uns in einem derart weit fortgeschrittenen Stadium der Umsetzung von Frieden, dass nun die Praxis und deren Pflege im Vordergrund stehen? Muss man sich folglich nicht mehr mit idealistischen, abstrakten und manchmal auch etwas romantischen Vorstellungen von Frieden auseinandersetzen? Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist es nötig, sich zunächst über die Inhalte des Friedensbegriffs klar zu werden.

Absenheit von Gewalt reicht nicht

«Negativer» Frieden kennzeichnet die Absenheit von direkter, personeller Gewalt. Ein solcher Zustand des «Nicht-Kriegs» entspricht einem blossen «Patt»

im gegenseitigen Machtstreben. Ein erweiterter Friedensbegriff im Sinne eines «positiven» Friedens orientiert sich an einem erweiterten Begriff von Gewalt. Ein solcher schliesst auch die so genannte «strukturelle Gewalt» ein. Dieses von dem norwegischen Friedensforscher Johan Galtung eingeführte Konzept bezieht sich auf die negativen Folgen gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Bedingungen und Verhältnisse. Als strukturelle Gewalt wird jegliche Behinderung der Entwicklung von Menschen bezeichnet, die eigentlich vermeidbar wäre. Diese Entwicklungsbehinderung ist die «Ursache für den Unterschied zwischen dem Potentiellen und dem Aktuellen, zwischen dem, was hätte sein können, und dem, was ist». «Positiver» Frieden setzt somit nicht bloss das Verhindern des Ausbruchs unmittelbarer Feindseligkeiten voraus, sondern die Beseitigung der Ursachen dieses potentiellen Gewaltausbruchs. Hierzu gehört die inhaltlich gerechte Ausgestaltung und Regelung der zwischen- und innerstaatlichen Beziehungen. Eine an friedenspolitischen Gesichtspunkten orientierte Politik versucht nicht generell das Aufkommen von Konflikten zu vermeiden, strebt aber deren friedliche Transformation an. Ziel ist es, den Krieg als Austragungsmodus inner- und zwischengesellschaftlicher Konflikte zu eliminieren.

Die Praxis nimmt Überhand

Vor dem Hintergrund dieses erweiterten Friedensbegriffs gilt es zwischen dem Frieden als Ziel und dem Frieden als Prozess zu unterscheiden: «Positiver» Frieden in seiner umfassenden Ausgestaltung, das heisst als idealer Frieden, scheint bei einer pragmatischen Beurteilung der heutigen Staatenwelt und der Natur der Menschen wenig wahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich. Trotzdem war bisher niemand bereit, die Idee des Friedens gänzlich zu verwerfen. Denn diese bildet eine unverzichtbare, antreibende Kraft. Für den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson war dies «the common purpose of enlightened mankind». Wenn aber der umfassende Frieden zugleich unmöglich und unverzichtbar ist, muss unaufhörlich auf begrenzte Formen des Friedens hingearbeitet werden. Weil diese zwangsläufig immer nur Annäherungen, das heisst unvollkommene Formen des Friedens darstellen, bleibt für den Menschen immer etwas zu wünschen und zu tun. Es war diese Auffassung von Frieden als «regulativer Idee», welche die meisten Friedensforscher zur Zeit des Kalten Krieges ihrer Arbeit zugrunde legten. Im Zentrum stand aus naheliegenden Gründen ein ethisch begründeter Gewaltverzicht. Nach 1989 hat sich vieles verändert. «Frieden» war plötzlich kein politisches Streitwort mehr, dafür allgegenwärtig in der politischen Praxis: Von einem Tag auf den anderen bekannten sich alle zum Frieden.

In den Aussenministerien und in den Entwicklungsagenturen wurden Abteilungen für Friedensförderung eingerichtet. Auch die privaten Hilfswerke entdeckten friedenspolitische Seiten ihres Wirkens und waren interessiert, entsprechende Bezüge zu ihrer Arbeit herzustellen.

Simplem Verständnis sozialer Prozesse

Unzählige Friedensprojekte entstanden, und es waren plötzlich Tausende von Menschen in der Friedensarbeit tätig. War während des Kalten Krieges vor allem über Frieden gesprochen worden, wurde nun gehandelt: Der Frieden wurde vom Kopf auf die Füsse gestellt. Diskussionen über die Friedensarbeit waren nun von pragmatischen Überlegungen geprägt. Es ging darum, die Allgegenwart einer Reihe von Anliegen wie etwa Prävention, Konfliktsensitivität, Do-no-harm, et cetera durch «mainstreaming» sicherzustellen. Nachhaltigkeit und Gender befinden sich im selben Sog, obwohl sie öfters im Zusammenhang mit Entwicklungs- als mit Friedensfragen thematisiert werden. «Entwicklung» wurde aber in diesen praxisorientierten Kreisen genauso wenig wie «Frieden» inhaltlich weiter diskutiert. In beiden Bereichen wurden Fixgrössen festgelegt: im Bereich der Entwicklung im Zusammenhang mit den Millennium Development Goals (MDG), im Bereich der Friedensförderung anhand von Richtlinien der OECD/DAC. Um diese zu erreichen, wurden Rezepte aufgezeigt, die auf einem relativ simplen mechanistischen Verständnis sozialer Prozesse gründeten. So verschwamm mit Blick auf die Dritte Welt auch der Unterschied zwischen Frieden und Entwicklung: Beide waren gleichermassen unterdefiniert. Somit lag es nahe, die beträchtlichen Ressourcen, die in Entwicklungsprojekte investiert werden, auch «friedenskompatibel» zu machen. Ein «monitoring» und «mainstreaming» der oben erwähnten Konzepte wurde dafür in den meisten Fällen als hinreichend angesehen. Anstatt über die Bedingungen des Friedens zu diskutieren, der ja in der Dritten Welt nicht unbedingt einfacher sicherzustellen ist, als er es während des Kalten Krieges in Europa war, haben heutzutage staatliche und private Stellen die Tendenz, endlos wiederholte Konzepte umzusetzen. Diese mögen auf der Projektebene von Bedeutung sein, tragen jedoch wenig zur Klärung der Frage bei, ob der Frieden als Ziel mit den entsprechenden Vorhaben tatsächlich erreicht werden kann.

Nachwuchs für Friedensarbeit ausbilden

Daraus ergibt sich eine leicht zynische Schlussfolgerung: Obwohl wahrscheinlich noch nie so viel über Frieden gesprochen wurde wie heute, wissen wir weniger denn je, ob wir uns mit unserem Handeln, das vielfach explizit unter dem Label «Friedensförderung» oder «Entwicklung» oder «Internationale Zusammenarbeit» daherkommt, einem

Literatur

LOTHAR BROCK (1990): Frieden. Überlegungen zur Theoriebildung, in: Volker Rittberger (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandesaufnahme und Forschungsperspektiven, Sonderheft 21, PVS, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 71-89

KARL W. DEUTSCH (1972): Friedensforschung - Grundsätze und Perspektiven, Schweizer Monatshefte, September, S. 392-402.

LAURENT GOETSCHEL/ TOBIAS HAGMANN (2009): Civilian Peacebuilding: Peace by Bureaucratic Means?, Conflict, Security and Development, 9 (1), S. 55-73

ROBERT M. SAPOLSKY (2006): A Natural History of Peace, Foreign Affairs, 85 (1), S. 104-120

Bilder

flickr.com



Der Fall der Berliner Mauer veränderte die gemeine Wahrnehmung des Friedens.

Autor

Laurent Goetschel, geboren 1965, studierte Politikwissenschaft und internationale Beziehungen an der Universität Basel und ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (swisspeace). Er wohnt in Bern.

Frieden tatsächlich auch nähern. Die meisten Diskussionen laufen auf rein operativen Ebenen ab, die mehr mit aussen- und entwicklungspolitischen Handlungsanleitungen zu tun haben, als mit friedenspolitischer Reflexion.

Im Zuge dieser Entwicklung sind viele Friedensforscherinnen und Friedensforscher sowie zahlreiche «Friedensbewegte» in die Praxis der Friedensarbeit verschwunden. Sie sind in staatlichen Stellen, in Hilfswerken oder friedenspolitischen NGOs tätig. Sie lassen sich in Mediationskursen weiterbilden, sind selbst in diesem Bereich aktiv, oder beraten die eine oder andere der erwähnten Stellen als Konsulenten oder Konsulentinnen. Der Wunsch dieser Akteure, Praxisluft zu schnuppern, ist zwar sehr verständlich. Aus Sicht der Friedensforschung stellt sich aber die Frage nach dem Nachwuchs. Die akademischen Bereiche der Konfliktforschung und der «Internationalen Beziehungen» sind wenig ge-

eignet, die entsprechende Lücke zu füllen. Sie sind im ersten Fall zu quantitativ und im zweiten Fall abstrakt verallgemeinernd ausgerichtet. Am ehesten sind zurzeit «development studies» geeignet, einen entsprechenden kritischen Diskurs zu führen, der sowohl empirische als auch theoretische und ethische Überlegungen miteinbezieht. Aber es geht, wie der Name sagt, hierbei um «development» und nicht um «Frieden». Und das ist – wenigstens verhandelt – noch nicht dasselbe.

«Do-No-Harm»-Trainings

Die Frage ist natürlich, ob überhaupt jemand die fehlende Debatte zum Frieden vermisst. Wir sind doch alle für den Weltfrieden und arbeiten praktisch und sachdienlich daran. Warum also Zeit mit Diskussionen über Grundsätzliches verlieren, anstatt konkret und projektbezogen weiterzukommen oder sich für entsprechende zusätzliche Ressourcen einzusetzen? Die Militärs betreiben «Friedens-Unterstützungs-Operationen», die Aussenministerien «Peacebuilding» und die Entwicklungsagenturen «Konfliktsensitivitäts- und Do-No-Harm»-Trainings. Aber wie ist es eigentlich um die Kohärenz der Zielsetzungen dieser Aktivitäten bestellt? Haben diese überhaupt etwas miteinander zu tun? Oder sind diese Fragen vielleicht gänzlich überflüssig, weil sich niemand an den allfälligen Widersprüche und Inkohärenzen solcher Verhaltensweisen stört? Soll nicht besser jedem und jeder «sein» beziehungsweise «ihr» Frieden gelassen werden?

Vielleicht war es ja auch nur ein «unglücklicher Zufall», dass für die Ausrichtung nationaler und multilateraler Bestrebungen nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Verschwinden der übergeordneten weltpolitischen Ziele ausgerechnet «Friedensförderung» und «Entwicklung» als Ersatz erhalten mussten. Das ist die positive Interpretation. Die negative sieht Friedensförderung als integralen Bestandteil einer neo-liberalen und ethnozentrischen «End-of-history-Auffassung» an, welche die Zivilisierung der an der Peripherie lebenden Menschen zum Ziel hat. Und vielleicht war der Kalte Krieg ja auch nur ein «glücklicher Zufall»: eine Zeit, in der die Kombination aus der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und der Bedrohung durch die gegenseitigen nuklearen Abschreckungsstrategien dafür sorgte, dass sich substantielle Bevölkerungsteile, und nicht nur die «Unverbesserlichen», mit Fragen von Krieg und Frieden auseinandersetzten.

Gutgemeinte Ratschläge

Doch es geht nicht nur um uns als Erbringer von Friedensförderungsleistungen, sondern vielmehr auch um deren Empfängerinnen und Empfänger. Sie haben ein Interesse daran, dass wir uns klar darüber werden, was wir eigentlich unter Frieden beziehungsweise den Zielsetzungen unserer Politiken verstehen. Vielleicht möchten sie sogar mitdiskutieren

und mitbestimmen, was unter Frieden zu verstehen ist. Vielleicht wollen sie nicht nur von uns darüber belehrt werden, was «good governance» ist, welche Rolle die «Zivilgesellschaft» zu spielen hat, und welche lokale Wirtschaftsordnung aufzubauen ist, damit dem Frieden am besten gedient sei.

Wir müssen uns bewusst werden, dass Frieden zwar allerlei an «Wissen» und «Technischem» beinhaltet, dass jedoch darüber hinaus einiges dazu kommt, was nicht das alleinige Ergebnis einer wie auch immer gearteten rationalen Politik sein kann. Und hier wären wir wieder beim Utopischen am Frieden angelangt: Utopien können niemals aufgezogen werden. Sie können jedoch, sofern sie geteilt werden, auch stark leidgeprüfte Bevölkerungen dazu bringen, Schritte in eine Richtung zu unternehmen, die dem, was sie unter Frieden verstehen, entspricht. Vielleicht sollten wir uns etwas mehr Zeit nehmen, zu überlegen, wie wir zur Entstehung solcher Utopien beitragen können.

Utopie als Wegweiser

Doch dafür sollten wir uns zunächst selbst dieser Utopien erneut und vermehrt bewusst werden. Zurzeit besteht ein krasses Ungleichgewicht zwischen der Menge an dem, was wir in der Friedenspolitik konkret leisten, und den Ressourcen und der Zeit, die wir für entsprechende grundsätzliche Überlegungen aufwenden. Möglicherweise bildet das Überwinden dieses Spannungsfeldes zwischen «Realität» und «Utopie» eine der grössten Herausforderungen sowohl der Friedenspolitik als auch der Friedensforschung. Letztere hat gegenüber der Friedenspolitik eine kritische Rolle wahrzunehmen, muss diese stets von neuem hinterfragen. Dies ist kein leichtes Unterfangen, vor allem dann nicht, wenn daraus für beide Seiten Nutzen generiert werden soll.

Frieden im umfassenden Sinne bleibt eine Utopie, ja muss sogar eine bleiben. Als solche liefert sie unterschiedlichsten Menschen und Gesellschaften eine Orientierung für diverse Formen menschlichen Handelns, Denkens und Glaubens. Vielleicht sind Friedensutopien heutzutage sogar umso wichtiger geworden, weil wir ansonsten vergessen, um was es beim Frieden wirklich geht.

Ruloff, Kästner und das Klima

So ein Mist aber auch! Da waren wir doch alle so froh, dass endlich mal wieder positive Neuigkeiten über den Bildschirm flimmerten, statt dieser immerwährenden Miesmacherei in Sachen Finanzkrise. Aber nein – die gute Stimmung war schneller wieder vorbei als sie gekommen war. Alle hatten sie teilgenommen, Regierungschefs, Wissenschaftler, NGOs und zum Glück erlaubte die grosse Journalistendichte auch dem letzten Umweltaktivisten noch eine ermahnende Stellungnahme vor laufender Kamera. Seit «Atomstrom? Nein danke!» haben uns die Medien wohl nicht mehr mit so vielen Gutmenschen versorgt. Was waren die alle motiviert und engagiert! Täglich habe ich auf Bilder von einigen barfüssigen Greenpeace-Mitgliedern gewartet, die sich am Nordpol ankneten. Aber trotz schmelzender Polkappen ist es dafür wohl noch zu kalt. Und dann, nach gefühlten 78 Tagen winkender Politiker und tanzender Umweltaktivisten auf meiner Mattscheibe: die Enttäuschung! «Minimalkompromiss», «Klimakonferenz gescheitert», «Absichtserklärung lediglich zur Kenntnis genommen». Und da fiel es mir plötzlich wieder ein: Die UNO als Plattform eignet sich ja gar nicht für effiziente Verhandlungen. Da fehlt nämlich die supranationale Autorität. Ausserdem haben die verschiedenen Staaten ihre nationalen Interessen zu verfolgen, weshalb es paktisch nie zu einer global zufriedenstellenden Einigung kommt. Vor allem nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums. Und dann ist da noch das Machtgleichgewicht zwischen Industriestaaten und den anderen da, denen, die eh bald ersaufen. Aber was ist mit den vielen Umweltaktivisten, die da demonstrieren haben? Na, die müssen eben erstmal genug Lobbying betreiben, bevor sie wirklich was zu melden haben. Apropos Lobbying, da gibt es auch noch andere Akteure, die ganz schön wichtig sind. Multis und Grosskonzerne, denen eine günstige Produktion dann irgendwie doch wichtiger ist, als die Rettung der Eisbären. «Ha!», dachte ich mir dann, «ist also doch noch was hängen geblieben beim Dr. Ruloff in der Vorlesung». Aber es geht noch weiter, mir ist da noch was in den Sinn gekommen: Als ich vier war hat mir mal jemand «Die Konferenz der Tiere» von Erich Kästner vorgelesen. Weil die vielen Konferenzen der Politiker so reichlich wenig bringen, nehmen in dieser Geschichte die Tiere das Ruder in die Hand und halten kurzerhand ihren eigenen Gipfel ab. Schlussserklärung: Beseitigung aller Grenzen, Abschaffung von Militär, Schuss- und Sprengwaffen, Lehrer werden die bestbezahlten Beamten, die Bürokratie auf ein Mindestmass beschränkt und die Wissenschaft im Dienste des Friedens regiert. Eh voilà.

Kolumnistin

Redaktorin Sarah Schlüter (22) aus Zürich studiert im 6. Semester Politikwissenschaft und Literaturwissenschaften an der Universität Zürich. Momentan lebt sie in Paris.



Der Friede wurde vom Kopf auf die Füsse gestellt: Peacebuilding-Mission im Kongo.

zoon politik | Februar 2010 | nr. 8